Antrag Nr. 1

des **GLB**
an die 186. Vollversammlung der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien
am 3. November 2026

Für eine personelle Stärkung des Arbeits- und Sozialgericht Wien (ASG)

Das Arbeits- und Sozialgericht (ASG) ist unter anderem ein entscheidendes Schutzorgan für Arbeitnehmer:innen im Klassenausgleich. Es ist aber auch z.B. in Pflegegeldverfahren und anderen sozialrechtlichten Verfahren entscheidend. Die derzeitige chronische Unterfinanzierung und die kaputtgesparten Personalstrukturen im Justizressort sind das Resultat einer verfehlten neoliberalen Sparpolitik. Die verheerenden Folgen tragen die Beschäftigten und Betroffenen.

Laut der in den Medien veröffentlichten Kritik des Präsidenten des ASG, Wolfgang Schuster-Kramer, liegt die Arbeitsauslastung des ASG inzwischen bei 140 Prozent.

Zu den Fakten: Derzeit arbeiten nur etwas mehr als 30 Richter:innen am ASG. Im Jahr 2015 verfügte das ASG noch über 40 solcher Planstellen, die fast vollständig besetzt waren, bei einer Auslastung von 96,6 Prozent. Damals habe man in Kündigungsanfechtungsverfahren innerhalb von drei bis sechs Wochen die erste Verhandlung bekommen, so Schuster-Kramer. Jetzt spreche man von vier bis sechs Monaten. Aktuell gibt es 44 Planstellen, wobei seit Jahren nur 33 Richter:innen beschäftigt sind.

Es geht um Entscheidungen für Menschen, deren Existenz von raschen Entscheidungen des Arbeits- und Sozialgerichts abhängt. Zu den Zuständigkeiten des Gerichts zählen unter anderem Berufsunfähigkeits- und Invaliditätspension, Rekurse beim Pflegegeld, Diskriminierung, Anfechtung von Kündigungen und Entlassungen, Feststellungsverfahren durch Betriebsräte, Durchsetzung fehlender Lohnfortzahlungen, Probleme mit dem Insolvenz-Entgelt und ablehnende Bescheide von Sozialversicherungsträgern.

Die Problematik zeigt sich besonders deutlich auch bei Pflegegeldverfahren. Verzögert sich ein solches Verfahren, bedeutet das für die Betroffenen und ihre Angehörigen eine enorme Unsicherheit bei der Organisation und Finanzierung der Pflege.

Die 186. Vollversammlung der Arbeiterkammer Wien fordert die Bundesregierung – insbesondere die Bundesministerin für Justiz sowie den Bundesminister für Finanzen – auf:

1. **Eine sofortige Personaloffensive am Arbeits- und Sozialgericht Wien (ASG) einzuleiten und die Planstellen für alle Posten wie Richter:innen, Kanzleipersonal, Dolmetscher:innen sowie weitere Fachdienstkräfte bereitzustellen und zu erweitern.**
2. **Die finanziellen Mittel für das ASG Wien nachhaltig und bedarfsgerecht zu erhöhen, um den massiven Verfahrensrückstau abzubauen und lange Verfahrenslaufzeiten spürbar zu verkürzen.**
3. **Eine barrierefreie und schnelle Rechtsdurchsetzung für Beschäftigte zu garantieren, damit Lohnraub, unberechtigte Kündigungen und verwehrte Sozialleistungen (wie Pflegegeld oder Berufsunfähigkeitspensionen) nicht an der Überlastung des Gerichts scheitern.**

Angenommen ☒	Zuweisung ☐	Ablehnung ☐	Einstimmig ☐	Mehrheitlich ☒